

Leistbares Wohnen nun zur Gänze in der Verantwortung der Länder

GBH Salzburg zum Finanzausgleich

Mit gemischten Gefühlen bewertet die GBH Salzburg die ersten bekannt gewordenen Ergebnisse des Finanzausgleichs zum Kapitel Wohnbau. Die Verpflichtung der Länder, ausreichend Mittel für den Wohnbau zu binden und entsprechend zu planen, ist grundsätzlich positiv. GBH-Landesgeschäftsführer Andreas Huss: „Ich frage mich nur, was das Land Salzburg als ‚ausreichend‘ betrachten wird. Für Salzburg klingt das eher nach einer gefährlichen Drohung, weil schon jetzt nicht annähernd alle zur Verfügung stehenden Mittel für den Wohnbau verwendet werden.“

Gerade für Salzburg, mit den in Österreich mit Abstand höchsten Mietpreisen, ist es geradezu eine Katastrophe, wenn zwar genug Geld für den Wohnbau vorhanden ist, es aber zu einem großen Teil für andere Zwecke verwendet wird. Derzeit hat das Land

113 Mio. Euro an Bundesmittel zur Verfügung und 190 Mio. Euro an Darlehensrückflüssen (Wert 2015). Tatsächlich werden aber nur 140 Mio. Euro ausgegeben. Mit den nicht verwendeten 163 Mio. Euro könnten zusätzlich rund 1.000 Wohnungen gebaut und rund 2.000 Arbeitsplätze jährlich geschaffen werden. „Es liegt nun mehr als zuvor an den Ländern, wie sehr sie sich für den Wohnbau und leistbares Wohnen engagieren. Der zweckgebundene Sonderzuschuss von 180 Millionen Euro wird bei weitem nicht reichen“ so GBH-Landesvorsitzender Othmar Danninger.

Nach Konkretisierung der ersten bekannt gewordenen Ergebnisse wird die GBH mit der Plattform „UMWELT + BAUEN“ eine Gesamtbewertung vornehmen und weitere Schritte beraten. Derzeit sind viele Fragen bezüglich der Auswirkungen der neuen Regelungen auf den Wohnbau noch offen. Wir werden jedenfalls genau beobachten, was das Land Salzburg im Bereich des Wohnbaus unternehmen wird, damit leistbares Wohnen in Salzburg nicht zu Grabe getragen wird bzw. nicht etwa einer populistischen Lohnnebenkostensenkung zum Opfer fällt!



Nur mit einem größeren Angebot an leistbaren Wohnungen können die Mietkosten maßgeblich gesenkt werden. Umso bedauerlicher ist es, dass von einer Zweckwidmung aller Bundesmittel für den Wohnbau auch bei diesem Finanzausgleich keine Rede mehr ist.

Andreas Huss, GBH-Landesgeschäftsführer Salzburg

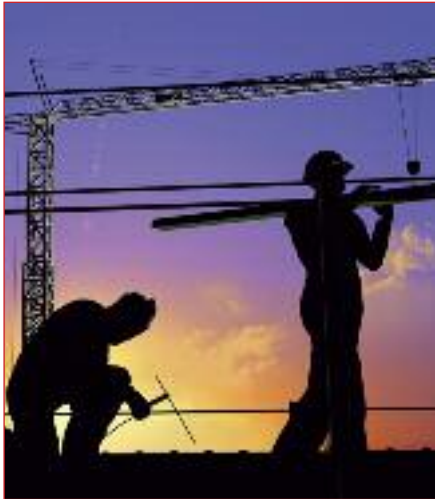


Mit 163 Mio. Euro könnten, weil gerade der Wohnbau einer der arbeitsplatzintensivsten Branchen ist, bis zu 2.000 Arbeitsplätze jährlich gesichert und geschaffen werden.

Othmar Danninger
GBH-Landesvorsitzender

Lohn- und Sozialdumpinggesetz wirkt

Trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit steigen die Beitragseinnahmen der Gebietskrankenkasse.



Dies sei, so GBH-LGF und GKK-Obmann Andreas Huss, darauf zurückzuführen, dass das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz Wirkung zeige: „Normalerweise steigen die Einnahmen der Gebietskrankenkasse nur dann, wenn mehr Menschen einen Job haben oder wenn die Löhne massiv ansteigen. Beides war in den vergangenen zwei Jahren nicht der Fall.“

Bessere Kontrollmöglichkeiten für Behörden

Firmen dürften vorsichtiger geworden sein. Sie melden ihre Arbeitnehmer sofort bei der Gebietskrankenkasse an - und zahlen zu-

mindest den KV-Lohn. Das sei in der Vergangenheit – gerade in der Bauwirtschaft – häufig nicht der Fall gewesen, so Huss.

Hier gab oder gibt es Firmen, die ihre Arbeitnehmer zu spät oder gar nicht bei der Gebietskrankenkasse anmelden und sich damit die Sozialabgaben sparen. Die Arbeitnehmer sind nicht kranken-, unfall-, arbeitslosen- und pensionsversichert. Wieder andere Unternehmer hätten ihre Arbeiter unter Kollektivvertrag bezahlt, was ebenfalls zu niedrigeren Abgaben führt. Huss: „Die Behörden haben nun bessere Kontrollmöglichkeiten - für 'schwarze Schafe' kann die Angelegenheit also teuer werden.“

GBH-Landesvorstand Salzburg: Wohnbaugeld muss Wohnbaugeld bleiben!

Es ist amtlich! Die Salzburger Landesregierung „zweigte“ 2015 insgesamt 163 Millionen Euro, die für den Wohnbau und somit für leistbares Wohnen bestimmt waren, für andere Budgetzwecke ab.

Damit vernichtet die Landesregierung Arbeitsplätze und verschuldet die Steigerung der Wohnkosten in Salzburg“ so der Landesvorstand der GBH Salzburg einhellig.

Das Geld sei zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet worden, bekräftigte LGF Andreas Huss, MBA.

Wohnen ist in Salzburg für einen Großteil der Bevölkerung bald nicht mehr leistbar

„Es stimmt zwar, dass in Salzburg viele Wohnungen gebaut werden, aber viele dieser Wohnungen sind für die Salzburger Bevölkerung nicht finanzierbar. Quadratmeterkaufpreise von 10.000 Euro und mehr kann sich ein/e Salzburger Durchschnittsverdiener/in nicht leisten. Derzeit bauen wir

für gut betuchte ausländische Investoren und für Menschen, die sich 'Vorsorgewohnungen' kaufen, um eine Alternative zu den niedrigen Bankzinsen zu haben“, so Huss.

Mit 163 Mio. Euro könnten, weil gerade der Wohnbau einer der arbeitsplatzintensivsten Branchen ist, bis zu 2.000 Arbeitsplätze jährlich gesichert und geschaffen werden.

„Wichtig für die GBH ist, dass das Land bei Förderungsvergaben darauf achtet, dass die Wohnbauträger ihre Ausschreibungen nach dem Bestbieterprinzip durchführen, um mit den öffentlichen Förderungen nur regionale Unternehmen mit deren Eigenpersonal zu beschäftigen“, fordert Othmar Danning, Landesvorsitzender der GBH Salzburg.

